

11
84

Union in Deutschland

Bonn, den 29. März 1984

Klarer Sieg in Baden- Württemberg

Bestätigung der Politik von
Helmut Kohl und Lothar Späth

Die baden-württembergische Landtagswahl am 25. März 1984 brachte für die CDU mit 51,9% der Stimmen ein großartiges Ergebnis. Alle Mandate (68) konnten gehalten werden, kein einziger Wahlkreis ist für die CDU verlorengegangen, das politische Kräfteverhältnis ist unverändert geblieben.

Angesichts der Tatsache, daß

— zur Gesundung der Bundesfinanzen und zur Grundlegung eines Wirtschaftsaufschwungs rd. 30 Mio. Bürgern — sowohl von Bonn wie auch von Stuttgart aus — erhebliche Opfer zugemutet werden mußten;

— jene Partei, die in Bonn die Regierung stellt, nach allen bisherigen Erfahrungen sozusagen schon von vornherein bei Landtagswahlen mit Abschlägen von mehreren Prozentpunkten — vor allem wegen mangelnder Mobilisierungsbereitschaft der eigenen Anhänger — rechnen muß, ist der nur leichte Rückgang von 1,5% gegenüber der Landtagswahl von 1980 und von 0,7% gegenüber der Bundestagswahl vom

(Fortsetzung Seite 2)

■ WAHLEN

Ergebnisse der Landtagswahl von Baden-Württemberg grüner Teil

Heiner Geißler: Strategie der SPD ist gescheitert Seite 3

■ GEMEINDEN

Nachhaltige Hilfe aus Bonn: Der Bund bleibt ein verlässlicher Partner Seite 5

■ WOHNUNGSBAU

Neues Konzept soll kinderreiche Familien entlasten Seite 6

■ SPD-LEITANTRAG

Alte Rezepte für neue Techniken Seite 7

■ AUSLÄNDER

Integrationswille der Türken wächst Seite 11

■ FLUGBLATT

Ein Ja zu Europa ist ein Ja für unsere Zukunft Seite 13

■ ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT

Vorstellung von vier neuen Broschüren Seite 14

(Fortsetzung von Seite 1)

6. März 1983 ein bemerkenswertes Ereignis: dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund einer gegenüber der Bundestagswahl '83 um über 16 Prozentpunkte niedrigeren Wahlbeteiligung.

Dieses Ergebnis ist eine Bestätigung der Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl und von Ministerpräsident Lothar Späth. Zu dem Erfolg trugen bei

— einmal der „Rückenwind“ aus Bonn. Die baden-württembergische Landtagswahl konnte in einem guten bundespolitischen Klima stattfinden. Die Umfragen signalisierten für die Union bei der sog. „Sonntagsfrage“ stabile Werte von 48 bis 50% und eine zunehmend günstigere Einschätzung der Bürger hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung;

— zum anderen die gute Arbeit der CDU Baden-Württemberg und der CDU-Landtagsfraktion, die mit Lothar Späth einen glänzenden Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten präsentierten. So war nach einer Umfrage kurz vor der Wahl für nahezu 100% aller CDU-Anhänger, aber auch für 60% aller Baden-Württemberger, Lothar Späth der gewünschte Ministerpräsident. Seine Konkurrenten Lang (SPD) und Morlok (FDP) traten mit 13% bzw. 1% demgegenüber gar nicht in Erscheinung. Die Überlegenheit Späths kommt auch darin zum Ausdruck, daß selbst ein Viertel der SPD-Sympathisanten ihn dem SPD-Kandidaten vorzog;

— zum dritten, die als sehr gut empfundene wirtschaftliche Lage in Baden-Württemberg, die für deutlich besser gehalten wurde als anderswo. Dies verband sich mit einer hohen Kompetenz für die Lösung der künftigen Probleme des Bundeslandes.

Die CDU ist auch in Baden-Württemberg die Partei, der die meisten Jungwähler (43%) ihre Stimme gegeben haben, wäh-

rend die SPD z. B. bei den Jungwählern bei rund 30% hängengeblieben ist.

Sehr gut abgeschnitten hat die CDU auch um Stuttgart herum, also dort, wo die großen Industriezentren liegen. In Böblingen und Sindelfingen, den Wohnorten der Daimler-Arbeiter, hat die CDU sogar mit Plus (+1,5%) abgeschlossen. In den sonstigen traditionellen Arbeiterhochburgen waren die Verluste deutlich unterdurchschnittlich, wenn überhaupt Verluste zu verzeichnen waren. Erste Analysen zeigen, daß 47% aller Arbeiter und 53% aller Angestellten CDU gewählt haben.

Probleme hatte die CDU vor allem in Bereichen des öffentlichen Dienstes. Nur 32% der Beamten wählten CDU. Die „Nullrunde“ im öffentlichen Dienst z. B. hat dort ihre Spuren hinterlassen. Aber auch in ländlichen Bereichen mit einer stark ausgeprägten Vollerwerbsstruktur der Landwirte war das Ergebnis etwas ungünstiger als sonst. Das dürfte auf die Unsicherheit darüber zurückzuführen sein, wie es in Brüssel mit der Agrarpolitik weitergeht.

Der große Verlierer dieser Wahl war die SPD

Sie hat — wie auch der SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz zugeben muß — ihre Wahlziele nicht erreicht. Im Gegenteil: das Abschneiden der SPD muß für sie als Katastrophe gewertet werden:

— Sie hat als Oppositionspartei noch einmal gegenüber der Landtagswahl von 1980 verloren, obwohl sie eigentlich nach allen bisherigen Erfahrungen des Wahlverhaltens in dieser politischen Konstellation (CDU in Bund und Land an der Regierung) hätte deutlich zulegen müssen.

— Sie hat als Oppositionspartei versagt, weil es ihr nicht gelungen ist, Protestpotential an sich zu binden. Für die SPD stellt sich immer mehr als verhängnisvoll heraus, daß sie sich nicht klar von den

Heiner Geißler: Strategie der SPD ist gescheitert

Generalsekretär Heiner Geißler sieht in dem Wahlergebnis von Baden-Württemberg ein „Versagen der SPD“. Die CDU habe ihr Wahlergebnis gehalten, die Bonner Opposition aber vom Wähler eine klare Absage erhalten. Die Strategie von SPD-Chef Willy Brandt, über die Bundesländer „wieder an die Macht in Bonn zu gelangen, ist gescheitert“, fügte Geißler hinzu. Das Abschneiden von FDP und Grünen bezeichnete Geißler gleichermaßen als „keinen Erfolg“.

Grünen abgrenzt. Das „Techtelmechtel“ der SPD mit den Grünen hat sich für die SPD auch in Baden-Württemberg nicht ausgezahlt. Insofern ist das Erstarken der Grünen in Baden-Württemberg Ausdruck politischen Versagens der SPD.

— Die Wirklichkeit hat den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Vogel aus seinem politischen Traum gerissen, in dem er nicht nur der CDU im Land, sondern auch der Bonner Koalition einen Denkzettel verpassen wollte. Die SPD wollte den Arbeitnehmern den Stimmzettel als „Hauptwaffe“ gegen die CDU in die Hand legen. Diese Rechnung der SPD ist nicht aufgegangen. Die Arbeitnehmer haben sich von der SPD nicht vorschreiben lassen, wie sie wählen sollen.

Die SPD ist in Baden-Württemberg politisch auf einen absoluten Tiefpunkt angekommen.

Die Grünen

haben mit insgesamt 8 Prozentpunkten und einem Zugewinn von 2,7 Punkten ein beachtliches Ergebnis erreicht. Sie haben ihr eigenes Potential nicht nur festigen, sondern sogar zusätzliche Protestwähler für sich verbuchen können. Trotz ihrer be-

sonders hohen Mobilisierungsbereitschaft und ihres prozentualen Zugewinns mussten auch die Grünen gegenüber der Bundestagswahl vom März 1983 absolut Stimmenverluste hinnehmen. Bei der Bundestagswahl '83 hatten sie noch rd. 17.500 mehr Stimmen erreicht.

Die FDP

verlor in Baden-Württemberg, ihrem alten Stammland, erneut; sie erreichte nur einen Stimmenanteil von 7,2%. Ihre Strategie, die absolute Mehrheit der CDU zu brechen, ging nicht auf; sie wendete sich im Gegenteil gegen die FDP selbst. Die FDP vermochte den Wählern den Sinn ihres Kampfes gegen die CDU im Lande nicht klarzumachen, wo doch Union und FDP auf Bundesebene gut zusammenarbeiten.

Das Wahlergebnis vom 25. März 1984 hat die Politik der Union eindrucksvoll bestätigt. Der Wahlausgang ist jedoch kein Grund zur Entspannung. Große Herausforderungen, die unsere ganze Kraft erfordern, stehen ins Haus: die Europawahl am 17. Juni; die Kommunalwahlen im Saarland und in Rheinland-Pfalz am gleichen Tag; im Herbst Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und 1985 Bürgerschafts- und Landtagswahlen in Berlin, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen. Es gilt: auch diese Herausforderungen zu meistern.

Keine steuerliche Absetzbarkeit von Geldbußen

Der Bundesrat hat die Vorlage der Bundesregierung zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes begrüßt, durch den die Abzugsfähigkeit von betrieblichen oder beruflich veranlaßten Geldbußen, Ordnungsgeldern und Verwarnungsgeldern als Betriebsausgaben oder Werbungskosten ausgeschlossen werden soll.

■ EUROPA

Bundesausschuß: Europa bietet mehr als Butterberge und Milchseen

Dauerhafte Fortschritte auf dem Weg zu einer Einigung Europas sind nur zu erzielen, wenn es gelingt, die Jugend für die Idee Europas zu gewinnen und sie aktiv an der weiteren Entwicklung zu beteiligen, erklärt die Vorsitzende des Bundesausschusses Jugendpolitik der CDU, MdL Gabriele Kokott-Weidenfeld.

Deshalb fordert der Bundesausschuß Jugendpolitik der CDU die Jugend auf, bei der zweiten Europawahl am 17. Juni ihre Stimme abzugeben. Junge Menschen sollen mitbestimmen, wie es weitergeht mit Europa.

Mit unserem Wahlauf Ruf „Ja zu Europa“ machen wir insbesondere jungen Menschen deutlich, daß Europa mehr zu bieten hat als Butterberge und Milchseen, erklärte die Vorsitzende.

Zusammen mit unseren befreundeten Parteien in Europa setzen wir uns beispielsweise dafür ein, daß

— ein europäischer Berufsausbildungs paß für junge Menschen geschaffen wird, in dem die Qualifikation der Inhaber so deutlich wird, daß sie in jedem EG-Land ergänzende Berufsausbildungen durchlaufen oder entsprechend ihrer Berufsausbildung einen qualifizierten Beruf ausüben können; dies erfordert eine Vereinheitlichung der Berufsausbildung in den Mitgliedstaaten und gegenseitige Anerkennung der Diplome und Abschlußzeugnisse;

— der Unterricht in den Gemeinschaftssprachen sowie in europäischer Geschichte, Geographie und Kultur gefördert wird;

— Programme für den Jugendaustausch weiter ausgebaut werden, insbesondere für jugendliche Arbeitnehmer.

Wir fordern weiterhin eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in der Hochschulpolitik. Um ein freies Studium ohne bürokratische Hemmnisse zu ermöglichen, wird Freizügigkeit auch und gerade für Studenten angestrebt. Hierzu gehört auch die Förderung der Mobilität der Lehrkräfte an Universitäten, damit der europäische Charakter der Universitäten gestärkt wird.

Ja zu Europa heißt auch: Moderne Technologien als Chancen nutzen. Für die Jugend Europas ist eine hochentwickelte Technologie Grundlage ihrer wirtschaftlichen und sozialen Zukunft. Deshalb ist es notwendig, daß die mit den neuen Technologien gebotenen Möglichkeiten im Rahmen der allgemeinen Bildung und der beruflichen Aus- und Weiterbildung berücksichtigt werden.

Diese Beispiele zeigen, daß sich das Engagement junger Menschen für Europa lohnt.

Grenzkontrollen abschaffen

Die deutschen Grenzkontrollen an den Übergängen zu Belgien, Luxemburg und den Niederlanden werden möglicherweise völlig abgeschafft. Wie Generalsekretär Geißler in Borken auf einer Regionalkonferenz der westfälischen CDU sagte, prüft das Bonner Kabinett derzeit, ob die Bundesrepublik an den Grenzen zu diesen drei Ländern nicht auf die Kontrollen verzichten könne. Geißler wies darauf hin, daß die Benelux-Staaten untereinander bereits die Kontrollen abgeschafft hätten.

■ GEMEINDEN

Nachhaltige Hilfe aus Bonn: Bund bleibt ein verlässlicher Partner

Die finanzielle Situation der Gemeinden hat sich seit dem Regierungswechsel im Oktober 1982 erheblich verbessert. Nachdem unter die „Vererschlebebahnhof-Politik“ der Regierung Schmidt, die zunehmend zu einer Abwälzung der Lasten des Bundes auf die Gemeinden führte, ein Schlußstrich gezogen werden konnte, ist das Defizit der Gemeindehaushalte im Jahr 1983 auf eine Milliarde Mark zurückgegangen. In den vorangegangenen Jahren betrug es 1979 = 5,3 Milliarden Mark, 1980 = 5,6 Milliarden Mark, 1981 = 11 Milliarden Mark und 1982 = 7,5 Milliarden Mark.

Neben den eigenen Anstrengungen der Gemeinden waren es die Bonner Sparbeschlüsse und die Beschlüsse zur Steuerpolitik und Steuerverteilung, die zu diesem erfreulichen Ergebnis geführt haben. Allein durch die Haushaltsbeschlüsse der Koalition der Mitte wurden die Gemeinden 1983 bis zu zwei Milliarden Mark entlastet, stellt CDU/CSU-MdB Michael Glos fest.

So konnte insbesondere der Anstieg der kommunalen Personalkosten auf rund zwei Prozent beschränkt werden, gegenüber 8,6 Prozent in 1980 und 6,8 Prozent in 1981. Dadurch ging das Haushaltsdefizit der Gemeinden in 1983 auf rund eine Milliarde zurück. Während der Bund trotz erheblicher Kürzungen im vergangenen Jahr noch rund 13 Prozent seiner Ausgaben durch neue Schulden finanzieren mußte, belaufen sich die Nettokredite der Kommunen auf nur noch knapp ein Prozent

der kommunalen Gesamtausgaben. Das heißt: Die finanzielle Lage der Gemeinden hat sich im Vergleich zum Bund erheblich verbessert.

Für die nachhaltige Besserung der Gemeindefinanzen sind nicht nur Ausgabenkürzungen, sondern auch erhöhte Mittelzuweisungen im Rahmen der Gemeinschaftsfinanzierungen verantwortlich. Insgesamt wurden die an Länder und Gemeinden überwiesenen Beträge für die Städtebauförderung, die Zonenrandförderung, die Krankenhausfinanzierung, den Hochschulbau, die Verbesserung der Agrarstruktur und die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur um mehr als 500 Millionen Mark aufgestockt. Zugute kam den Gemeinden ebenso die um zwei Milliarden Mark verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Die Konsolidierungspolitik des Bundes hat per saldo zu einer spürbaren Entlastung der Kommunen geführt und wird daher konsequent fortgesetzt. Für die Union gilt aber auch in Zukunft der Grundsatz: Die Finanzprobleme des Bundes dürfen nicht auf dem Rücken der Gemeinden gelöst werden. Der Bund wird ein berechenbarer und verlässlicher Partner der Gemeinden bleiben.

Die Bundesregierung wird auch in den kommenden Jahren eine Politik der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung befolgen. Eine Kommission von Vertretern des Bundes, der Länder und Gemeinden prüft gegenwärtig, in welchen Bereichen Aufgabenbelastungen der Kommunen, die durch die Gesetzgebung des Bundes entstanden sind, abgebaut werden können.

■ WOHN EIGENTUM

Neues Förderungskonzept soll Familien mit Kindern spürbar entlasten

Zu den Grundzügen der anstehenden Neuordnung der steuerlichen Förderung der Eigentumbildung im Wohnungsbau hat Bundesbauminister Oscar Schneider anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Mut zum Bauen“ in Bonn Stellung genommen.

Der Minister unterstrich, daß die Förderung der Eigentumbildung ein Schwerpunkt seiner Wohnungspolitik sei. Er sehe darin zugleich einen wichtigen Beitrag zur Familienpolitik. Die gegenwärtig gute baukonjunkturelle Situation könne nicht darüber hinwegtäuschen, daß vor allem kinderreiche Familien den Sprung ins eigene Heim aus eigener Kraft nicht schaffen könnten. Da müsse die öffentliche Hand weiterhin Hilfestellung geben.

Eine Neuregelung im Anschluß an die gegenwärtig noch wirksamen Förderungsmaßnahmen des wohnungspolitischen Sofortprogramms, so der Minister, sei rechtzeitig vorgesehen. Bauherren, Bau- und Wohnungswirtschaft hätten bis zum Sommer dieses Jahres Klarheit darüber, wie es nach dem Auslaufen des Sofortprogramms weitergehe. Zwar seien die Entscheidungen über die konkreten Details des neuen Konzepts noch nicht gefallen, über wichtige Grundzüge bestehe allerdings mit dem Bundesfinanzminister Einigkeit.

Zu den Eckwerten des künftigen Konzepts, so Schneider, seien einige Klarstellungen wichtig. Zu den Eckdaten der Neuregelung gehört die Überlegung, bei künftigen

Bauvorhaben selbstgenutztes Wohneigentum steuerlich grundsätzlich gleich zu behandeln, unabhängig von der Gebäudeart. Dies habe vor allem Bedeutung für die selbstgenutzte Wohnung im Zweifamilienhaus. Sie werde bisher noch wie eine vermietete Wohnung behandelt mit voller Versteuerung des Marktmietwertes bei unbegrenztem Schuldzinsenabzug. Dies solle in der Zukunft aus Gründen der Steuergerechtigkeit entfallen. Durch diese Gleichbehandlung, so der Minister, entstehe ein hinreichendes Finanzvolumen zur besseren Förderung der selbstgenutzten Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen.

Die nach bisherigem Steuerrecht gebauten Ein- und Zweifamilienhäuser sind davon nicht betroffen. Niemand, so Schneider, sollte sich im Blick auf Neuregelungen abhalten lassen, jetzt seine Bauabsichten zu verwirklichen. Ein Aufschieben sei sicher kaum nützlich.

Immer noch zu hörende Spekulationen, so der Minister, wonach zum Ausgleich für die Entlastung in den Anfangsjahren später eine höhere Besteuerung vorgesehen sei, seien aus der Luft gegriffen. Er habe derartige Pläne stets nachdrücklich zurückgewiesen. Niemand brauche zu befürchten, daß er für die Entschuldung seines Eigenheims steuerlich in irgendeiner Form „bestraft“ werde.

Sinn der Neuregelung ist eine Verbesserung der steuerlichen Entlastung vor allem für Familien mit Kindern. Diese Entlastung solle sich aus zwei Komponenten zusammensetzen:

- Es bleibe — wie jetzt beim Bauherrenparagrafen 7b — bei einem allgemeinen Absetzbetrag. Zu prüfen sei gegenwärtig, inwieweit sich dieser Betrag verbessern lasse.
- Daneben solle es einen weiteren erheblichen Abzugsbetrag geben, der sich an der Zahl der Kinder orientiere. Dieser Betrag solle schon vom ersten Kind an gewährt werden.

■ SPD-LEITANTRAG

Alte Rezepte für neue Techniken

Mit ihrem Leit Antrag für den Essener Parteitag Mitte Mai verkauft die SPD nur alte Rezepte. In einer größeren Einflußnahme des Staates wird das alleinige Heilmittel zur Lösung der aktuellen und zukünftigen Probleme wie der Arbeitslosigkeit und des Strukturwandels gesehen. Mit dem marktwirtschaftlichen Bekenntnis der SPD zu Beginn des Papiers ist es nicht weit her, wenn sie die staatliche Lenkung im gleichen Atemzug ins Feld führt. Unter Berufung auf den Orientierungsrahmen '85 spricht sich die SPD hier für Instrumente staatlicher Beeinflussung und Förderung, Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses aus. Diese Grundposition prägt das 17 Punkte umfassende Papier.

Mit der Ausweitung der Kompetenzen des Staates will die SPD die Arbeitslosigkeit beseitigen, den Hunger in der Welt bekämpfen, die Zerstörung unserer Umwelt beseitigen und für mehr Chancengleichheit sorgen. Die staatliche Förderung des Strukturwandels unserer Wirtschaft ist für die SPD das erfolgversprechende Maß aller Dinge. Im einzelnen bedeutet dies:

- die Überbetonung **staatlicher Nachfragepolitik** bis zur Änderung unserer Wirtschaftsordnung: „Vielmehr müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Staat, Bundesbank und Tarifparteien gemeinsam die Verantwortung für Wachstum, Beschäftigung und Geldwert übernehmen“;
- die Planung des Strukturwandels durch **vorausschauende Industriepolitik**

des Staates: „In wichtigen Bereichen muß der Staat durch seine Industriepolitik für entsprechende Bedingungen sorgen. Hierzu gehört ein verstärktes planerisches Vorausdenken...“;

- die Ausweitung **staatlicher Infrastrukturmaßnahmen** z. B. im Wohnungsbau, der Kultur- und Bildungsangebote und bei der Telekommunikation;

- die **Bevorzugung des Gemeinlastprinzips** zur Beseitigung von Umweltschäden: „Allerdings wird in einer längeren, zeitlich befristeten Sanierungsphase... ein vorübergehender Verzicht auf strikte Anwendung des Verursacherprinzips unvermeidbar...“

- die Schaffung von Voraussetzungen für **Arbeitszeitverkürzungen** — vornehmlich für die 35-Stunden-Woche — durch den Staat: „Wir unterstützen die Gewerkschaft, die für die 35-Stunden-Woche und für eine deutliche Verkürzung der Lebensarbeitszeit kämpft.“

Bei diesem Katalog staatlicher Eingriffe fällt vor allem auf, daß die SPD heute dem Gemeinlastprinzip zur Beseitigung vorhandener Umweltschäden absoluten Vorrang einräumt. Das Verursacherprinzip wird praktisch abgelehnt, das Vorsorgeprinzip nicht erwähnt. Das kommt einer Absage an neue marktwirtschaftliche Lösungsansätze in der Umweltpolitik gleich.

Den gesamten Maßnahmenkatalog will die SPD vor allem durch höhere Steuern finanzieren. So soll die Gewerbesteuer in eine Wertschöpfungssteuer auf alle Arten der staatlichen und privaten Leistungserstellung ausgedehnt werden. Zudem wird die Erhöhung der Mineralölsteuer, eine Umweltabgabe für ein Sondervermögen

„Arbeit und Umwelt“ und die Einführung der Quellensteuer, besser bekannt unter dem Namen Sparbuchsteuer, angestrebt. All diese Steuererhöhungsforderungen gipfeln in dem Wunsch, daß die aufgrund neuer Technologien erwirtschafteten Erträge zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit herangezogen werden müssen. Hierbei denkt die SPD an „eine wertschöpfungsbezogene Abgabe“.

Die von der SPD angestrebte Förderung des wirtschaftlichen Strukturwandels ist mehr Lippenbekenntnis als tatsächliche Zielvorstellung. Vor allem die geschickt umschriebene Einführung einer „Maschinensteuer“ zeigt, daß die SPD gerade den jetzt einsetzenden technologischen Wandel strangulieren will. Die Einführung dieser Steuer würde die Mehrzahl der Unternehmen in unserem Land veranlassen, nicht mehr den günstigsten, sondern den spätestmöglichen Zeitpunkt für den Kauf neuer moderner Maschinen zu wählen. Die zunehmende Veralterung der Unternehmen wäre unausweichlich, das vergrößernde Sachkapital würde sich ausweiten. Die noch zu Beginn des Papiers geforderten Produkt- und Verfahrensinnovationen würden verhindert, und die internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit die Zukunft unseres Landes würde spürbar gefährdet.

Entgegen ihren Erfahrungen aus den 70er Jahren, in denen die SPD viele Milliarden ohne sichtbare und nachhaltige Wirkung in 14 Beschäftigungsprogrammen verpulverte, sollen auch jetzt wieder neue beschäftigungspolitische Strohfeder entfacht werden. Dies entspricht der nach wie vor unveränderten Grundhaltung der SPD, die von einem tiefen Mißtrauen gegenüber dem Markt geprägt ist. Mit diesem Leitantrag kann die SPD keine erfolgversprechende wirtschaftliche Perspektive anbieten. Mit staatlicher Investitionslenkung und mit Steuererhöhungen können die Zukunftsprobleme unseres Landes nicht gelöst werden.

Starker Zuwachs der Existenzgründungen

In der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl ist die Zahl der Existenzgründungen stark angewachsen. 1983 förderte allein die Lastenausgleichsbank insgesamt 16500 Gründungsvorhaben (1982: 12400) mit einem Fördervolumen von 1,3 Milliarden DM. Damit wurden die Existenzgründungsprogramme dieses Mittelstandsförderungsinstituts des Bundes im vergangenen Jahr so stark wie noch nie in Anspruch genommen. Ein besonders starker Zuwachs wird beim Eigenkapitalhilfeprogramm gemeldet, das die Regierung Helmut Kohl durch bessere Bedingungen attraktiver gestaltet hat. Hier stiegen die zur Verfügung gestellten Mittel von 95 Millionen DM im Jahr 1982 auf 370 Millionen DM im Jahr 1983; das sind 290 Prozent mehr als 1982. Durch die Finanzierungshilfen der Bank wurden allein im letzten Jahr 80000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert.

Der Bund setzt auch weiterhin auf die Lastenausgleichsbank als bedeutenden Wegbereiter des strukturellen Wandels in unserer Volkswirtschaft. So finanziert die Bank mit Mitteln des Europäischen Wiederaufbauprogramms (ERP) jetzt auch zunehmend Umweltschutzmaßnahmen im Rahmen eines Abfallwirtschaftsprogramms. Zudem beteiligt sie sich an einem Modellversuch technologie-orientierter Unternehmensgründungen des Bundesministers für Forschung und Technologie. Für 1984 ist nochmals eine Steigerung der Hilfen für Existenzgründungen vorgesehen. Damit leistet die Lastenausgleichsbank einen wichtigen Beitrag zur weiteren Belebung der Wirtschaft und zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

■ INFORMATION

Verluste der Bundesbahn wurden gestoppt

Die Reduzierung des Jahresverlustes 1983 der Deutschen Bundesbahn um rd. 400 Mio. DM im Vergleich zum Vorjahr bei gleichzeitig unveränderter Gesamtverschuldung ist nicht nur ein Erfolg der Deutschen Bundesbahn, sondern auch der Anfang der Konsolidierung ihrer Finanzen, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verkehr der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Günter Straßmeir.

Die Zunahme des Jahresverlustes konnte nicht nur gestoppt, sondern sogar deutlich verringert werden. Dies werten wir gleichfalls als den Beginn einer Wende und als gute Ausgangsposition, um die Ziele des von der Bundesregierung einstimmig verabschiedeten DB-Konzepts zu verwirklichen. Das jetzige Ergebnis kann als ein erster Schritt in Richtung auf die bis 1990 vorgesehene Steigerung der Produktivität um 40% und die Senkung der Kosten um 25% angesehen werden. Jetzt gilt es, diesen Weg konsequent weiter zu beschreiten.

Dieser Erfolg soll für uns verstärkt Anlaß geben, die Deutsche Bundesbahn bei ihren Investitionsbemühungen tatkräftig zu unterstützen. Die DB ihrerseits wird mit den weiter vorgesehenen attraktiven Angeboten für die verladende Wirtschaft (z. B. Einführung des Intercargo-Dienstes) ihre Betriebsergebnisse verbessern können. Damit hat sich auch die ständige Negativbeurteilung der SPD über den von der CDU/CSU eingeschlagenen Weg eindeutig als Bumerang erwiesen.

Gegen Auflösung der Erfassungsstelle

Die CDU/CSU sieht keine Gesprächsgrundlage zur Auflösung der zentralen Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltungen zur Registrierung der in Ost-Berlin und in der DDR begangenen Gewaltakte in Salzgitter, solange die Ostberliner Führung den Schießbefehl anordne, die unmenschlichen Grenzbefestigungen unterhalte und politische Justizverurteilungen gestatte. Dies erklärte der Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer auf einer Tagung des Bundes der Vertriebenen in Wolfenbüttel. Er wandte sich gegen entsprechende Überlegungen des stellvertretenden FDP-Fraktionsvorsitzenden Ronneburger.

Tagesschau/Tagesthemen an journalistische Fairneß erinnert

Der stellvertretende Sprecher der CDU, Walter Brückmann, richtete folgendes Fernschreiben an die Redaktion von Tagesschau/Tagesthemen:

„Nach Beobachtung der Berichterstattung von Tagesschau und Tagesthemen in den vergangenen Wochen sieht sich die CDU zum Protest veranlaßt. Es ist geradezu unglaublich, wie die Redaktion der Tagesschau mit Nachrichten über die CDU umgeht. Bis heute hat es beispielsweise keine ausführliche Darstellung des Leitartikels des CDU-Bundesvorstandes (Stuttgarter Leitsätze) für den CDU-Bundesparteitag gegeben, obwohl in Pressegesprächen und Pressekonferenzen mehrmals über diesen Leitartikel informiert worden ist. Wir sehen in solcher bewußten Unterschlagung eines für die Öffentlichkeit wichtigen Themas nicht nur einen Zufall; und wir betrachten es auch nicht als Zufall, daß über die Wirtschaftsleitsätze des SPD-Bundesvorstandes ausführlich berichtet wurde.“

Als weiteres Beispiel unserer Kritik an der manipulativen Berichterstattung der Tagesschau zähle ich die CDU-Landesparteitage in Hessen und in Niedersachsen auf, von denen die Tagesschau — zumindest in ihren Hauptsendungen — keine Notiz nahm. Ich darf Sie dringend bitten, daß die Redaktion von Tagesschau und Tagesthemen in bezug auf die CDU zu journalistische Fairneß zurückkehrt. Es geht hier nicht um Minuten- und Sekundenzählerei, aber es geht um ausgewogene Berichterstattung. Darauf werden wir immer mit aller Deutlichkeit hinweisen.“

Mehr Lehrlinge als je zuvor in Industrie und Handel

792 000 Auszubildende lernten Ende 1983 in Industrie und Handel, in Banken und Versicherungen, im Gast- und Verkehrsgewerbe. Das sind 3,6 Prozent mehr als im Vorjahr mit 764 000 Auszubildenden. Dies ergibt eine Erhebung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei den 69 Industrie- und Handelskammern. Mehr Lehrlinge hat es bei IHK-zugehörigen Unternehmen noch nie gegeben.

Diese Steigerung der Lehrlingszahl ist vor allem auf die Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsbetriebe zurückzuführen. Ende 1983 bildeten im IHK-Bereich 152 300 Betriebe aus. Dies sind 6 100 oder 4,2 Prozent mehr als 1982. Damit wurde die höchste Zahl der letzten zehn Jahre erreicht. Das unterstreicht eindrucklich die hohe Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft.

Die besten Gewerkschafter in die Betriebe

„Die erfahrensten und besten Kolleginnen und Kollegen gehören in die neu zu wählenden Betriebsräte. Wer dagegen die Betriebsratswahlen zu einer ‚Mobilisierung der Arbeitnehmer gegen die Politik der Bundesregierung‘ benutzt, schadet den

Interessen der Arbeitnehmer.“ Das erklärte der geschäftsführende Ausschuß der Arbeitsgemeinschaft der DGB-Gewerkschafter in der CDA. Der Beschluß richtet sich gegen eine öffentliche Äußerung des SPD-Vorstandes zur Betriebsratswahl.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Gustav Fehrenbach, zugleich stellvertretender DGB-Vorsitzender, sagte: „Gebraucht werden gute und durchsetzungsfähige Betriebsräte, die sich auf das Vertrauen der Beschäftigten stützen können, aber keine parteipolitischen konkurrierenden Listen.“

Gegen den „Waldpfennig“

Zu den Plänen der nordrhein-westfälischen Landesregierung, einen „Waldpfennig“ einzuführen, erklärte der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ludwig Gerstein, der Waldpfennig werde den Kohleeinsatz erschweren. In Wirklichkeit werde aber dem Wald durch diese neue steuerähnliche Abgabe überhaupt nicht geholfen werden, und für die Nutzung deutscher Steinkohle würden neue Erschwernisse geschaffen. Der Waldpfennig widerspreche dem Verursacherprinzip, weil z. B. mit der Kernenergie auch die Stromerzeugung erfassen würde, die Waldschäden verursachen könnten.

Niedersachsen: Mittel für bleifreie Landesfahrzeuge

Die von Bundeskanzler Helmut Kohl und Innenminister Friedrich Zimmermann betriebene Einführung des bleifreien Benzins verzeichnet einen weiteren Erfolg: Die von Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) geführte niedersächsische Landesregierung stellt in diesem Jahr 100 000 Mark zur Umrüstung von Landesfahrzeugen zur Verfügung. Die umweltfreundlichen Autos sollen versuchsweise eingesetzt werden.

■ AUSLÄNDER

Integrationswille der Türken wächst

Insbesondere jüngere Türken streben stärker als bisher Kontakte zu Deutschen an. Der Wunsch nach gesellschaftlicher Integration wächst. Die Behauptung, Türken seien überhaupt nicht bereit, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, ist widerlegt. Das ist das wichtigste Ergebnis einer Umfrage des Bielefelder Emnid-Instituts im Auftrag des Berliner Senats.

Die nachwachsende Generation der Türken orientiert sich zunehmend auf die deutsche Gesellschaft hin", war der Kommentar von Barbara John, der Ausländerbeauftragten des Berliner Senats.

Rund 20 Prozent der Türken sind inzwischen bereit, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Dabei fällt auf, daß jüngere Türken dazu in erheblich höherem Maße bereit sind als ihre Landsleute über 40.

Festzuhalten bleibt auch, daß bei einer Umfrage vor einem Jahr erst etwa 15 Prozent an einer deutschen Staatsbürgerschaft interessiert waren. Noch deutlicher wird der Umdenkungsprozeß bei den Türken bei der Frage nach den wichtigsten erwünschten Hilfen. Vor einem Jahr hatte der Wunsch nach besseren Kontakten zu Deutschen, nach mehr Freundlichkeit durch Deutsche, keinen Niederschlag in der Statistik gefunden, jetzt äußerten 10 Prozent diesen Wunsch.

Diese deutlich positivere Einstellung nach guten Beziehungen zu Deutschen ist sicherlich zu einem Teil auf Maßnahmen des Berliner Senats zurückzuführen. Die Infor-

mationsanzeigen der Ausländerbeauftragten, die jetzt im Abstand von 14 Tagen in türkischsprachigen Zeitungen erscheinen, sind mehr als der Hälfte der erwachsenen Türken bekannt. Diese Anzeigen bezeichneten 84 Prozent der Befragten als für sich persönlich hilfreich. Die Plakataktion des Senats gegen Ausländerfeindlichkeit war sogar 76 Prozent der Befragten bekannt. Von zwei Dritteln wird von dieser Initiative eine positive Wirkung erwartet.

Diese Beispiele zeigen, daß die Integrationsbereitschaft der Ausländer durch gezielte Maßnahmen entscheidend gestärkt werden kann.

Interessant ist auch das Ergebnis auf die Frage: „Man hört oft, daß ein Kind, das erst aus der Türkei nach Deutschland kommt, wenn es schon größer ist, schwerer Deutsch lernt und an deutschen Schulen Schwierigkeiten hat.“ Dieser Sachverhalt wurde von mehr als zwei Dritteln bestätigt.

Staatliche Vorfinanzierung der Rückkehrhilfe möglich

Die Hilfen des Bundes für arbeitslose Ausländer, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, können künftig zu 75 Prozent vom Staat vorfinanziert werden. Wie das Bundesarbeitsministerium in Bonn mitteilte, sind Ausländer damit nicht mehr auf private Geldverleiher angewiesen, wenn sie sich entschließen, aus der Bundesrepublik auszureisen. Die Rückkehrhilfe in Höhe von 10 500 Mark und 1 500 Mark zusätzlich für jedes Kind wurde nämlich bisher erst dann ausgezahlt, wenn die heimkehrende Familie mit einer Grenzübertrittsbescheinigung nachweisen konnte, daß sie die Bundesrepublik bereits verlassen hat.

■ CDU OLDENBURG

Bilanz auf allen Ebenen positiv

Mit Stolz wies der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Oldenburg, Minister Gerhard Glup, vor den rund 300 Delegierten des Parteitages der Oldenburger CDU am 24. März 1984 in Vechta darauf hin, daß die CDU, die in 51 der 63 Oldenburger Kommunalparlamente, im Land und im Bund die Verantwortung trägt, nicht nur bei den zurückliegenden Wahlen erfolgreich war, sondern in den letzten vier Jahren mit über 5000 Neuen auch einen erheblichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hatte. Der CDU-Landesverband Oldenburg ist mit 18326 Mitgliedern der zweitstärkste Regionalverband in Niedersachsen.

Die Versäumnisse und Fehler der SPD in Jahrzehnten ließen sich zwar nicht in Monaten aufholen, doch die Bilanz nach einem Jahr Regierung Kohl könne sich sehen lassen. Glup dankte den Verantwortlichen der Kammern und Verbände, aber insbesondere den vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die im vergangenen Jahr mehr Auszubildende eingestellt haben als je zuvor. „Solange ich im Amt bin, sind nur bäuerliche Familienbetriebe gefördert worden“, sagte Glup, auf die Agrarpolitik der Landesregierung eingehend. Die Errichtung gewerblicher Mammutbetriebe in der Tierproduktion gehört nicht in das Konzept der Landesregierung. Als sozial- und familienpolitischen Erfolg wertete der Minister die Eigentums-

förderung in Niedersachsen. Mit einer Eigentumsquote von 48 Prozent, gemessen am Gesamtwohnraum, steht das Land Niedersachsen an vorderster Stelle im gesamten Bundesgebiet.

Ein Arbeitskampf in der gegenwärtigen Tarifaueinandersetzung komme einem Überfall auf die Arbeitslosen gleich, sagte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, der als Gastredner auf dem Parteitag in Vechta sprach. Der CDU-Politiker appellierte an die Tarifparteien, eine „Besinnungspause der Vernunft“ einzulegen. Die von der Bundesregierung vorgesehene Vorruhestandsregelung bezeichnete er als ein Friedensangebot. Steigendes Wirtschaftswachstum, ein erheblich gebremster Preisanstieg und erste positive Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt berechtigen nach Blüms Worten zum Optimismus. Dennoch werde die Arbeitslosigkeit auf längere Sicht das zentrale Problem bleiben, weil sie die größte Gefahr für das System der sozialen Sicherheit darstelle.

Eine europapolitische Komponente erhielt der Parteitag des Landesverbandes Oldenburg durch ein Kurzreferat von Dr. Werner Münch, der auf Platz 3 der niedersächsischen Landesliste steht. „In einer Zeit, in der immer weniger Probleme national gelöst werden können, darf es nicht sein, daß Mitgliedsländer egoistischer werden und nur noch in Geldbeträgen ausrechnen, was für sie aus der Gemeinschaftskasse herauskommt“, sagte Münch.

Im übrigen wählte der Parteitag die Mitglieder für den Parteiausschuß der Niedersachsen-CDU und verabschiedete eine größere Zahl von Anträgen. In einem vom Vorstand vorgelegten Leitantrag forderte der Parteitag Landes- und Bundesregierung zur Stärkung der „Wirtschafts- und Arbeitsmarktregion Oldenburger Land“ auf.

Ein Ja zu Europa ist ein Ja für unsere Zukunft

Unsere Zukunft liegt in Europa. Deshalb rufen wir die Jugend auf: Arbeiten Sie mit an der Einigung Europas. Europa braucht den Schwung der Jugend.

Europa – das ist Freiheit

Reisen, wohin man will; arbeiten, wo man will; studieren, wo man will; Sportwettkämpfe durchführen, wo man will; Freundschaften schließen, wo man will; mit einem Wort: Europa einigen. Wir wollen die Grenzkontrollen abschaffen und die Anerkennung aller Schul- und Hochschulabschlüsse überall verwirklichen.

Europa – das ist Frieden

Seit fast 40 Jahren ist in Westeuropa Frieden; nach innen und nach außen. Inmitten einer Welt

von Krisen wurde die Europäische Gemeinschaft zur erfolgreichsten Friedensbewegung der neueren Geschichte.

Europa – das ist soziale Gerechtigkeit

Auch in Europa gibt es noch arme und reiche Regionen. Nur ein politisch geeintes und wirtschaftlich starkes Europa kann gerechte Lebenschancen für alle Europäer und die Menschen der Dritten Welt verwirklichen.

Europa – das ist eine lebenswerte Umwelt

Meere, Flüsse und Luft gehören zur gemeinsamen Umwelt aller Europäer. Nur gemeinsames Handeln – über alle Grenzen hinweg – stoppt das Waldsterben und macht unsere Gewässer wieder sauber.

**Am 17. Juni entscheiden Sie
über Ihre Zukunft in Europa.**

Europa braucht Ihre Stimme.

**Jede Stimme für die CDU ist
eine Stimme für Europa.**

CDU



***Aufwärts mit
Deutschland.
Mit uns für Europa.***

Neue Broschüren

Neben den aktuellen Problemen des politischen Alltags einer Regierungspartei darf die Frage nach den moralischen Leitlinien unseres politischen Handelns nicht zu kurz kommen. Dies gilt für die CDU als christliche Partei in besonderem Maße.

Die Broschüre dokumentiert eine Rede des CDU-Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, vor der 26. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Er setzt sich darin intensiv mit den politisch-moralischen Herausforderungen unserer Gesellschaft auseinander und erläutert die langfristigen Ziele unserer Politik.

Bestell-Nummer: 3526

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 24,— DM



Der durch den technischen Fortschritt eingeleitete Strukturwandel ist heute für die Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft notwendiger denn je. Denn nur dadurch können wir die Herausforderungen der Zukunft meistern.

Die Broschüre bietet hierzu detaillierte Fakten, Zahlen und Analysen. Sie soll Anregungen für die Diskussion über die Stuttgarter Leitsätze im Vorfeld des CDU-Parteitages im Mai geben. Sie ist nicht nur eine „Pflichtlektüre“ für jeden Parteitage-delegierten, sondern eine wichtige Argumentationshilfe für die aktuelle politische Diskussion.

Bestell-Nummer: 5537

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM



Helmut Kohl:

**Christliche Verantwortung
für eine menschliche Zukunft**

CDU
sicher
sozial
und frei

**Erneuerung
der Sozialen
Marktwirtschaft**

**Materialien zur Diskussion
der Stuttgarter Leitsätze**

CDU
sicher
sozial
und frei

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Beschl. vom Bundesausschuß der CDU am 20. Februar 1984



Leitlinien zur Jugendhilfe

Beschluß des Bundesfachausschusses Jugendpolitik der CDU vom 13. Januar 1984



Keine Patentrezepte, sondern eine breite Palette praktischer und realistischer Maßnahmen bietet das Programm der CDU zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Es ist ein Programm der vielen kleinen Schritte.

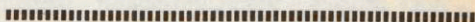
Zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit müssen über die klassischen politischen Mittel hinaus zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden.

Die Broschüre dokumentiert das Programm der CDU, das eine realistische Grundlage für die weitere Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bietet.

Bestell-Nummer: 3528

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 24,— DM



Über die Fragen und Probleme der Jugend heute nachzudenken, das heißt auch, über die Zukunft nachzudenken und offener für neue Fragestellungen zu sein. In den „Leitlinien zur Jugendhilfe“ geht die CDU diesen Fragen nach und versucht, darauf Antworten zu finden.

Die Broschüre erläutert ausführlich die Vorstellungen der CDU zu den neuen Aufgaben der Jugendhilfe. Sie erläutert unter anderem die Vorschläge zur Verbesserung der Jugendgesetze und bietet damit eine Orientierungshilfe für Jugendliche, Eltern und Fachkräfte der Jugendarbeit.

Bestell-Nummer: 5540

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 27,50 DM

Rednerankündigungsplakat Uwe Barschel

DIN A1

Bestell-Nummer: 8519

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM

DIN A0

Bestell-Nummer: 8518

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 42,50 DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITATE

Ein ausgezeichnetes Ergebnis für Lothar Späth

Der Sieger dieser Wahl heißt Lothar Späth, trotz der Stimmenverluste, die er hinnehmen mußte. Späth behält die absolute Mehrheit, und die Nähe zur 50-Prozent-Grenze ist keineswegs so groß, daß man sagen müßte: noch einmal davongekommen.

Stuttgarter Nachrichten, 26. März 1984

Nun hat sich auch in Baden-Württemberg bestätigt, was bei den bayerischen Kommunalwahlen vor einer Woche erkennbar wurde, daß nämlich die Grünen an den Liberalen vorbeiziehen.

Stuttgarter Zeitung, 26. März 1984

Fast rührend anzuhören war, wie der Parteivorsitzende Willy Brandt seinen sozialdemokratischen Freunden die Zensur „Schön solide gehalten“ auf den neuerlichen Marsch in die Opposition gab. Auch eine Überraschung: Ein gutes Jahr nach der Bundestagswahl vom 6. März 1983 hat die große Bonner Opposition, die der Uni-

on die Verantwortung für die hohe Arbeitslosigkeit und den angeblichen „sozialen Kahlschlag“ in die Schuhe geschoben hat, kaum einen neuen Wähler unter den schwäbischen Arbeitern und Angestellten gewinnen können.

Rheinische Post, 26. März 1984

Für die SPD ist dieses Ergebnis gerade in seiner Stabilität, in seiner Stagnation enttäuschend. Weder von der CDU, weder von ihrer Landes- noch von ihrer Bundespolitik aus, konnte sie Wähler holen, noch hat sie den Grünen Wasser abgraben können. Selbst die Beruhigung der Landespartei hat sich für die SPD nicht groß ausgezahlt.

Der Sparkurs Lothar Spaths in Stuttgart und Helmut Kohls in Bonn hat aus den Wählern im deutschen Südwesten keine Protestwähler gemacht. Die bedächtigen Badener und Schwaben haben die Kontinuität dem Wechsel vorgezogen. Die politische Landschaft zwischen Neckar und Bodensee hat sich am Wahltag kaum wesentlich verändert.

Der sozialdemokratische Slogan vom „Denkzettel für Bonn“ ist diesmal jedenfalls nicht anwendbar.

General-Anzeiger, Bonn, 26. März 1984

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41-30. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstrae 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UfD